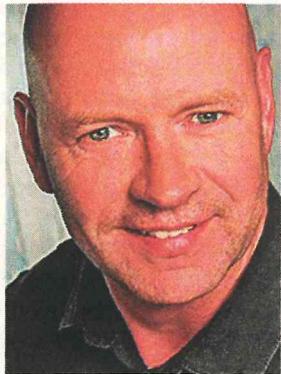


Das Stiefkind der Pflege



In Deutschland bekommen die zu Pflegenden je nach Pflegegrad zwischen 316 und 901 Euro pro Monat. Mit diesem Geld aus der Pflegekasse können sie diejenigen bezahlen, die sich daheim um sie kümmern. Dieses Pflegegeld ist im Fall der Jobaufgabe aber nicht existenzsichernd. Wer pflegt, weiß das auch. Was war für Sie der Anlass, jetzt mit dem Vorschlag für ein Pflegegehalt an die Öffentlichkeit zu gehen?

Ich arbeite seit 1990 im Sozialbereich, erlebe hautnah in unseren Selbsthilfegruppen, was theoretisch ja längst bekannt ist: Wir sind eine alternde Gesellschaft. Der eigentliche Auslöser aber war, dass meine Mutter an Demenz erkrankte. Das war für unsere Familie einfach schwer. Ich habe vieles versucht, wusste ja durch meine Profession, wo und wie man Gelder und Hilfen beantragen kann. Für uns war es gar kein Thema, sie wegzulassen, wir wollten sie zu Hause lassen. Meine Idee war, sie tagsüber von zwei Frauen abwechselnd medizinisch versorgen und betreuen zu lassen. Mein Vater hatte infolge der Pflege selbst einen Schlaganfall erlitten, war völlig überfordert. Ich selbst konnte aus beruflichen und familiären Gründen die Pflege auch nicht übernehmen. Am Ende mussten wir die bittere Entscheidung treffen, sie ins Pflegeheim zu geben. Mein Vater war täglich da, ich jeden zweiten Tag. Wir waren dem Personal gegenüber wirklich sehr wertschätzend, weil wir um den Pflegenotstand wussten. Aber es war schlimm. Für mich war das noch einmal wie ein Brennglas. Seit Jahren reden wir vom Pflegenotstand. 2020, mit den Corona-Beschränkungen, explodierte das Problem geradezu. Es fehlen die Mitarbeiter:innen, von Pflege in Würde sind wir weit weg, so viele starben ganz allein in den Heimen. Diese persönliche Betroffenheit war letztlich die Initialzündung für eine öffentliche Diskussion. Und zwar aus der Perspektive der pflegenden Angehörigen.

Sie schlagen ein Pflegegehalt vor. Was meinen Sie damit?

Das muss zuallererst eine politische Entscheidung sein. Bislang gibt es eine Finanzierung für das Pflegegeld nur aus der Pflegekasse.

Das wiederum ist in der Höhe abhängig vom Pflegegrad, aber so oder so viel zu bescheiden für den Arbeitsaufwand. Ein Pflegegehalt funktioniert nur über eine Mischfinanzierung – aus Pflegekassen, Krankenkassen und Rentenversicherungsträgern. In Österreich und der Schweiz gibt es solche Modelle schon. Man muss das Rad nicht neu erfinden. Die Idee dahinter ist, dass die Kommune als Träger und Fachaufsicht fungiert. Die Pflegenden werden angestellt, bekommen ein Gehalt, sind renten- und krankenversichert. Wie in jedem anderen Arbeitsverhältnis auch. Dazu werden sie gecoacht, erhalten praktische und theoretische Unterstützung bei der Pflege. Auch Hilfe für sich selbst. Denn Pflege zu Hause erschöpft die Betroffenen. Die sind so am Limit, werden selbst häufig krank wegen der Überlastung. Eine GmbH-Gründung wäre da ein sehr interessantes Modell. Da könnten auch Mittel aus staatlichen Fonds einfließen. Das Sozialamt kann mit involviert sein. Und es muss auf rechtliche Füße gestellt werden.

Was bringt das für pflegende Angehörige?

Sie hätten einen festen Ansprechpartner. Die Pflege zu Hause würde leichter werden, weil die Angehörigen ein Coaching bekommen. Das gibt es schon jetzt von der AOK: »PfiFF – Pflege in Familien fördern«. Angehörige wüssten dann auch, welche Leistungen sie sich zusätzlich buchen könnten, beispielsweise einen ambulanten Pflegedienst. Das sind ja keine Konkurrenzsysteme, sie sollen sich ergänzen. Die Pflege zu Hause ist auch keine Konkurrenz zur stationären Pflege. Es werden immer wieder Krankheitsverläufe eintreten, die von den Angehörigen nicht gestemmt werden können. Das alles Entscheidende für die pflegenden Angehörigen wäre aber, dass sie in ein Angestelltenverhältnis kommen. Sie wären sozial abgesichert, müssten sich in der Pflegezeit keine existenziellen Sorgen um den eigenen Lebensunterhalt machen. Sie würden auch Steuern zahlen. Und es würde damit anerkannt werden, dass häusliche Pflege Arbeit ist und kein Ehrenamt. Eine Leistung, die auch bezahlt

werden muss. Mittlerweile werden so viele Dinge ins Ehrenamt abgeschoben, nur um Geld zu sparen. Das kann nicht sein.

Sie sagten, nachdem Ihr Vorschlag öffentlich wurde, gab es viele E-Mails, auch Anrufe. Was erzählen die pflegenden Angehörigen?

Sie sind froh, dass das jemand aufgreift. Alle erzählen ihre Geschichte. Wie sehr sie sich alleingelassen fühlen. Dass sie einsam und überlastet sind mit dieser 24-Stunden-Pflege und dem Da-sein-Müssen. Sie haben keine Zeit mehr für sich selbst. Oder sie sprechen von schlechtem Gewissen, weil sie zwar zu Hause pflegen würden, sich aber den Verdienstausfall nicht leisten können. Sie fühlen sich übrigens auch nicht gesehen mit ihren Erfahrungen und den Belastungen, die sie tragen. Es ist nicht so, dass sie um mehr Unterstützung bitten, um sich ein finanzielles Polster anzulegen. Sondern das jetzige Pflegegeld reicht einfach hinten und vorne nicht. Sie fordern nur, was ihnen eigentlich seit Langem zustehen müsste.

Das ist die Seite der Betroffenen. Gleichzeitig ahne ich, dass die Kommunen die Hände heben und sagen: Schröder, tolle Idee, aber wir haben klamme Kassen.

Der Oberbürgermeister von Neubrandenburg sagte, er wäre dabei. Es braucht aber Rahmenbedingungen, eine finanzielle Ausstattung. Immer, wenn es ums Geld geht, muss ich ehrlich gesagt schmunzeln. Man muss sich doch nur mal die Finanzierungsmodelle in der Schweiz und Österreich anschauen. Alles ist machbar. Die Frage ist nur, ob und wie die politischen Weichen dafür gestellt werden. Denn Gelder sind im Prinzip da. Ich nehme mal die Kfz-Steuer. Die Einnahmen daraus sind nicht zweckgebunden. Vor einiger Zeit erläuterte der ADAC, dass mit den Einnahmen aus der Kfz-Steuer das bestehende Verkehrsnetz der Bundesrepublik komplett saniert und weiter ausgebaut werden könnte. Es gibt noch andere Steuern, die erhoben werden, aber nicht zweckgebunden sind. Wohin fließen die? Oder – das ist jetzt völlig wertungsfrei – wie viel Gel-

der plötzlich für die Bundeswehr freigegeben wurden ... Also niemand soll sagen, es wäre kein Geld. Die Verteilung macht sich nur am politischen Willen fest.

Ihr Vorschlag ist so jung, wie das neue Jahr alt ist. Sie hoffen auf Pilotprojekt in Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern.

Ich nenne es bewusst Pilotprojekt. Das gibt den regionalen und Landespolitikern das Gefühl: Ok, das ist zeitlich begrenzt, das können wir finanzieren. Danach schauen wir, wie es funktioniert, was dieses gemeinschaftliche Pflegemodell bringt. Ich habe mal gelesen, der Gradmesser einer Gesellschaft ist, wie sie mit den Alten und Kindern umgeht. Für mich ist die Pflege bislang eine Flickschusterei. Es wird und wird immer nur reagiert, nicht agiert. Nie wurde langfristig gedacht. Dabei wissen wir seit Jahrzehnten um das Drama in der Pflege, trotzdem wurde nicht perspektivisch gedacht und entschieden. Keine dieser Probleme entstand über Nacht. Für das Pilotprojekt in Neubrandenburg habe ich den Oberbürgermeister Silvio Witt mit an Bord, die Expert:innen der Hochschule Neubrandenburg würden das fachlich und wissenschaftlich begleiten. Und im Landesministerium für Soziales und Gesundheit liegt der Vorschlag auf dem Tisch. Ohne deren Unterstützung wird es nicht gehen.